

EDV-Länderbericht Schleswig-Holstein

Stand: Juni 2018

Neben der Fortsetzung der Migrationen zu in Länderverbänden entwickelten Fachverfahren (z. B. forumSTAR, SoPart) stellt die Einführung der elektronischen Aktenführung der Justiz die wesentliche Projektaktivität im Bereich der IT Schleswig-Holsteins dar.

Infolge der aus dem elektronischen Rechtsverkehr und aus der elektronischen Aktenführung resultierenden Anforderungen an eine IT-Organisation als auch in Anbetracht der Möglichkeiten, die sich aus dem IT-Justizgesetz ergeben, wird die IT-Organisation des Landes modernisiert.

1. Beteiligung von Schleswig-Holstein in Länderverbänden

Schleswig-Holstein ist in folgenden Länderverbänden bzw. länderübergreifenden Kooperationen beteiligt:

- AUREG
- AuRegis
- BASIS-Web
- DaBaG
- EGVP
- EUREKA-Fach
- FOKUS
- FOLIA
- forumSTAR
- Justizportal
- Mahnverfahren
- MESTA
- Nexus VeLiS Kammerverwaltung
- SoPart Justiz
- Nexus-Web

2. Sachstand elektronischer Rechtsverkehr und elektronische Verfahrensakte

Zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben für den elektronischen Rechtsverkehr und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit einer elektronischen Aktenführung bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes Schleswig-Holstein hat das Justizministerium gemeinsam mit den Präsidialgerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Fachgerichtsbarkeit sowie dem Generalstaatsanwalt das Gesamtvorhaben eJustizSH initiiert.

Dieses Gesamtprojekt bündelt alle Maßnahmen und Aktivitäten, die die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Aktenführung bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften in der schleswig-holsteinischen Justiz zum Gegenstand haben.

Das Projekt eJustizSH hat folgende Ziele:

- Einführung Elektronischer Rechtsverkehr (Posteingang)

Der elektronische Posteingang ist in allen Bereichen entsprechend der gesetzlichen Vorgaben bis zum 1.1.2018 gewährleistet.

Aktueller Stand: Zum 15.11.2017 wurde der elektronische Rechtsverkehr in allen Gerichten und Staatsanwaltschaften eröffnet. Alle Eingänge werden über die elektronische Kommunikationsplattform (eKP) verarbeitet, revisionssicher in VIS5 als Dokumentenmanagementsystem gespeichert, in ein PDF gewandelt und automatisiert auf einem separaten Drucker im Gericht ausgegeben. In den Fachverfahren forumSTAR und EUREKA-Fach werden die Eingänge auch an das Fachverfahren übergeben.

- Einführung elektronischer Postausgang

Der elektronische Postausgang soll, sofern von den Fachverfahren entsprechend unterstützt, mit Eröffnung des elektronischen Rechtsverkehrs genutzt werden.

Aktueller Stand: In den Bereichen, die die Fachverfahren forumSTAR oder EUREKA-Fach einsetzen, wird der elektronische Postausgang genutzt und über die eKP abgewickelt.

Die beA-Adressen werden in forumSTAR weitestgehend automatisiert eingepflegt.

- Einführung Elektronische Akte

Mit der Einführung der elektronischen Aktenführung wird ab April 2019 begonnen, Pilotgericht ist das Arbeitsgericht Kiel.

Aktueller Stand: In den Registergerichten werden bereits seit 2007 die Akten elektronisch geführt. Die Einführung der elektronischen Aktenführung in den 22 Grundbuchämtern des Landes wurde Ende 2016 abgeschlossen. In beiden Bereichen wird die elektronische Akte mit einer auf die Besonderheiten der Register- bzw. Grundakte angepassten Version des Produktes „VIS“ geführt.

Schleswig-Holstein wird VIS-Justiz einsetzen. Es hat mit den Ländern Baden- Württemberg, Sachsen und Thüringen eine Kooperationsvereinbarung „E-Akte als Service“ geschlossen.

Die Vorbereitungen für eine Pilotierung am Arbeitsgericht Kiel laufen planmäßig. Nach der Pilotierung beim Arbeitsgericht Kiel ist angedacht, die eAkte in der ganzen Arbeitsgerichtsbarkeit auszurollen.

3. Neue IT-Organisation Justiz

Die IT-Organisation der Justiz ist mit geänderten und gestiegenen Anforderungen konfrontiert. Maßgeblich ist dies durch die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und die elektronische Aktenführung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften induziert (Projekt eJustiz^{SH}, siehe lfd. Nr. 2 in diesem Dokument), da insbesondere durch jenes Projekt angestrebt wird, den juristischen Fachprozess durchgehend mit IT zu unterstützen.

Infolge dieser Entwicklung steigen die Anforderungen an die IT-Organisation der Justiz bzgl.:

- Tiefergehender Kenntnisse der juristischen Abläufe und der Bedürfnisse der Anwender aus der Justiz,
- Verfügbarkeit der IT-Anwendungen,
- Absicherung der IT-Anwendungen und der elektronischen Daten gegen Schadsoftware und unbefugten Zugriff,
- professioneller, transparenter und anwenderorientierter IT-Prozesse, insbesondere zu Betrieb, Fehlerbehebung und Anforderungsmanagement,
- des sicheren Umgangs der IT mit zunehmend vernetzten IT-Architekturen, um stabilen, kostenadäquaten Betrieb bei gleichzeitiger Gewährleistung von Flexibilität, Performance und hoher Funktionalität zu ermöglichen.

Daneben ändern sich auch die Bedürfnisse der Anwender. So besteht z. B. zunehmend der Bedarf an mobilem Arbeiten.

Um sich grundlegend auf die gestiegenen Anforderungen einzurichten, wurde in 2015 das Projekt „Neue IT-Organisation Justiz“ gestartet. Die grundsätzlichen Ziele des Projektes sind:

- Ausrichtung der IT-Organisation der Justiz (Gemeinsame IT-Stelle und dezentrale IT-Stellen) auf Basis eines strategischen Handlungsrahmens,
- Ausbau der Verfahrensbetreuung inkl. leistungsstarker IT-Prozesse,
- Umsetzung des schleswig-holsteinischen IT-Justizgesetzes,
- Adäquate Einbeziehung von Dataport als IT-Dienstleister.

Im Rahmen des Projekts wurden von Mitte 2015 bis Juni 2018 die IT-Arbeitsplätze in den Gerichten und Staatsanwaltschaften in den Landesstandard migriert, der durch Dataport betrieben wird. Im weiteren Projektverlauf wird die Migration bzgl. der IT-Arbeitsplätze abschließend vervollständigt.

Schwerpunkte der Projektarbeit 2018 stellen die Umsetzung einer einheitlichen Ausprägung der IT-Verfahrensbetreuung dar, sowie die an ITIL orientierte Ausgestaltung der IT-Prozesse. Zudem werden organisatorische Regelungen getroffen und etabliert, die sich aus dem in Kraft getretenem schleswig-holsteinischen IT-Justizgesetz ergeben.

4. IT-Unterstützung der Geschäftsbereiche

a. Staatsanwaltschaften (MESTA, MESTA-Text)

Die Justizverwaltungen der MESTA-Partnerländer Brandenburg, Berlin, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben in Zusammenarbeit mit Dataport die ganzheitliche staatsanwaltliche Automationslösung MESTA realisiert.

MESTA ist eine umfassende Softwarelösung für die Unterstützung aller Arbeitsvorgänge in einer Staatsanwaltschaft. Sowohl bei der Erfassung von Taten und Delikten, Geschädigten und Beschuldigten als auch bei Auskünften, Gesetzesrecherchen und der fallspezifischen Korrespondenz assistiert MESTA.

Aus der MESTA-Umgebung heraus wird die elektronische Kommunikation mit Registern und anderen Behörden betrieben. So können z. B. BZR und VZR-Abfragen und die Auskunft aus dem ZStV als PDF Dokument direkt am Arbeitsplatz eingesehen werden.

Im Vorgriff auf eine zukünftige elektronische Aktenführung im Bereich der Staatsanwaltschaften ermöglicht die elektronische Geldstrafenvollstreckung in MESTA die vollständige digitale Sachbearbeitung ohne Vorlage von (Papier-) Akten und führt damit zur Verfahrensbeschleunigung und Entlastung der Servicedienste.

Derzeit wird die Anbindung von MESTA an den elektronischen Rechtsverkehr (ERV) und an die elektronische Akte (eAkte) untersucht und umgesetzt.

MESTA wurde in den vergangenen Jahren einem Redesign unterzogen und zu einem modernen Vorgangsbearbeitungssystem umgestaltet. Die Fachanwendung wurde und wird an die heutigen Anforderungen an eine ergonomische und barrierefreie Software angepasst. Weitere Informationen zum Programm MESTA finden Sie im Internetangebot des beauftragten IT-Dienstleisters Dataport (www.dataport.de).

Aus der Fachanwendung MESTA erfolgt die Datenübergabe für die Textgenerierung, die ebenfalls in einem Partnerschaftsprojekt mit den Ländern Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin mit dem Produkt FAME entwickelt wurde und seit 2008 flächendeckend in Schleswig-Holstein im Einsatz ist.

b. Ordentliche Gerichtsbarkeit

i. forumSTAR

Zur Ablösung des Altverfahrens MEGA ist Schleswig-Holstein dem forumSTAR Länderverbund beigetreten. Seit Anfang 2011 wird die Einführung von forumSTAR in der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Schleswig-Holstein vorangetrieben. Die Anwendung soll bis Mitte 2019 mit allen Modulen flächendeckend im Einsatz sein.

Stand Ende 2018 sind die Module Zivil, Mobiliarvollstreckung, Betreuung, Immobiliervollstreckung und Nachlass im Echtbetrieb. Seit Juli 2016 wird das Modul Familie im Rahmen mehrerer Ausstattungsringe ausgerollt. Hier konnte die Umstellung bei allen Amtsgerichten Ende 2017 abgeschlossen werden; die abschließende Ausstattung des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts erfolgt zum September 2018. Im Oktober 2017 wurde das Strafmodul an zwei Amtsgerichten pilotiert. Seit Februar 2018 erfolgt die Ausstattung der übrigen Amtsgerichte sowie ab 2019 der Landgerichte und des Oberlandesgerichts. Das Insolvenzmodul wird zum September 2018 mit der Pilotierung an zwei Amtsgerichten beginnen. Der übrige Rollout ist dann bis Mitte 2019 geplant.

Anfang 2018 wurden große Bereiche der Projektgruppe forumSTAR in den Linienbetrieb überführt. Dazu wurde beim Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht bei der dortigen dezentralen IT-Stelle eine neue „Verfahrenspflegestelle forumSTAR“ eingerichtet.

Im Rahmen des Länderverbundes unterstützt Schleswig-Holstein sowohl die Entwicklung des neuen Gemeinsamen Fachverfahrens (GEFA) als auch des neuen Textsystems.

ii. Elektronisches Grundbuch

Im Verbund mit Baden-Württemberg sind mit FOLIA die Voraussetzungen geschaffen, die Grundbuchdaten digital für die Bearbeitung in den Grundbuchämtern und für die Auskunft externer berechtigter Nutzerinnen und Nutzer bereitzustellen. In Verbindung mit der elektronischen Grundakte erfolgt in Schleswig-Holstein die Grundbuchbearbeitung flächendeckend vollelektronisch.

Der Schwerpunkt Schleswig-Holsteins bei der Weiterentwicklung des IT-Fachverfahrens liegt aktuell auf technischen Modernisierungen. Zudem wird derzeit die Migration des Produktionssystems aus den 22 Grundbuchämtern des Landes in das Rechenzentrum Dataports vorbereitet.

iii. Registerautomation

In den Registergerichten ist das IT-Fachverfahren AUREG im Einsatz, welches im Auftrag der Länder Berlin, Brandenburg, Bremen und Schleswig-Holstein entwickelt wird. Im Fokus stehen ein stabiler Verfahrensbetrieb und die Erhaltung der Betriebssicherheit vor dem Hintergrund gesetzlicher und infrastruktureller Notwendigkeiten. Dazu gehört aktuell die Umstellung auf Unicode. Eine besondere Herausforderung stellt auch die Umsetzung der Vorgaben zu XJustiz 2.* dar. Weiterentwicklungen am Fachverfahren AUREG werden im Übrigen auf ein Mindestmaß beschränkt.

Zielsetzung ist zudem, die Zusammenarbeit mit dem RegisSTAR-Verbund hinsichtlich der Synchronisierung der Anforderungen für das gemeinsame Fachverfahren (AUREGIS), dem Registerportal und der europäischen Registerverknüpfung zu intensivieren.

iv. Automatisiertes Mahnverfahren

Entsprechend §§ 688 ff. ZPO wird am Amtsgericht Schleswig zentral für Schleswig-Holstein ein vollautomatisiertes Mahnverfahren eingesetzt. Mahnbescheids- und Folgeanträge werden über elektronischen Datenaustausch, über Datenträgeraustausch oder mit signaturgesetzes-konformer Datenübermittlung über das EGVP eingereicht.

c. Fachgerichte

i. Sozialgerichtsbarkeit, Finanzgerichtsbarkeit, Verwaltungsgerichtsbarkeit und Landesverfassungsgericht

In der Sozialgerichtsbarkeit, der Finanzgerichtsbarkeit, der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie dem Landesverfassungsgericht Schleswig-Holsteins wird das Programm EUREKA-Fach zur IT-Unterstützung aller Arbeitsplätze eingesetzt. Das Fachverfahren wird mittlerweile in 14 Bundesländern eingesetzt. Damit stellt EUREKA-Fach den größten Entwicklungsverbund im Bereich der Fachgerichtsbarkeiten dar. Die im Hinblick auf die gestiegenen Anforderungen eines so großen Entwicklungsverbundes einerseits und die Einbindung des Fachverfahrens in die eRV Verbünde der Bundesländer andererseits initiierte Neustrukturierung des Verbundmanagements zur Optimierung des Fehler- und Anforderungsmanagements konnte letztes Jahr abgeschlossen werden.

ii. Arbeitsgerichtsbarkeit

Im Länderverbund mit der Arbeitsgerichtsbarkeit in Baden-Württemberg wird die Fachanwendung FOKUS eingesetzt. In diesem Verfahren können insbesondere Rechtsanwälte auf elektronischem Wege rechtswirksam Klagen erheben, Anträge stellen und Schriftsätze einreichen.

d. Justizvollzug

Der Justizvollzug in Schleswig-Holstein setzt auf die Nutzung von in Länderverbänden entwickelten Fachverfahren. So werden die Fachverfahren BASIS-Web sowie Nexus VeLiS Kammerverwaltung flächendeckend eingesetzt. Ergänzend zu BASIS-Web wird derzeit das Datawarehouse in Betrieb genommen. Weiterhin werden die Aktivitäten fortgesetzt, um das Fachverfahren SoPart Justiz mit dem Ziel einer Vollausstattung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzug einzuführen. Zudem ist Schleswig-Holstein mit dem Ziel der Verfahrenseinführung in fünf Justizvollzugseinrichtungen dem Länderverbund Nexus-Web (Unterstützung der Arbeitsverwaltungen und –betriebe) beigetreten.

Letztlich wurden die projekthaften Arbeiten für die landeseinheitliche Ausstattung aller Justizvollzugseinrichtungen mit einer Software für die Personaleinsatzplanung aufgenommen.

e. Bewährungs- und Gerichtshilfe

In der Bewährungs- und Gerichtshilfe ist seit dem Jahr 2008 das IT-Verfahren SoPart Justiz im Einsatz. Dabei wird seit dem Jahr 2014 auch der elektronische Datenaustausch mit dem Strafvollzug über SoPart Justiz unterstützt. Der Länderverbund setzt sich aus den Ländern Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein zusammen.

Kontakt

Ministerium für
Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung
des Landes Schleswig-Holstein
Lorentzendamm 35
24103 Kiel

Dr. Jörg-Peter Weiß
(Leiter des Referates für Informationstechnik
in Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzug)

Telefon 0431-988 3821

mailto: joerg-peter.weiss@jumi.landsh.de

Internet: <http://www.justiz.schleswig-holstein.de>